Datenschutzerklärung

Für Kunden

Datenschutzerklärung für Kunden des ZAV/ AEGV/ EZV

Hiermit informieren wir Sie als Verantwortliche Stellen innerhalb des Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (kurz pbD) im Kontext bestehender oder angebahnter Kunden- und Vertragsverhältnisse.

Je nachdem, welche Leistungen Sie in Anspruch nehmen oder welche Abfallarten Sie über uns entsorgen, kann eine unterschiedliche Gesellschaft unserer Unternehmensgruppe für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich sein. Die jeweils verantwortliche Gesellschaft ergibt sich aus den Ihnen vorliegenden Vertragsunterlagen oder Rechnungen. Die nachfolgenden Datenschutzhinweise gelten für alle Gesellschaften der Unternehmensgruppe, soweit nicht an einzelnen Stellen ausdrücklich etwas anderes angegeben ist.

Verantwortliche Stelle im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist jeweils:

- Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis – ZAV – (Peter-Grünberg-Platz 1, 36341 Lauterbach, vertreten durch den Verbandsvorstand, Telefon: 06641 / 96 71-0, Telefax: 06641 / 96 71-20, E-Mail: datenschutz@zav-online.de).

- Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis – AEGV – (Peter-Grünberg-Platz 1, 36341 Lauterbach, vertreten durch die Geschäftsführung, Telefon: 06641 / 96 71-0, Telefax: 06641 / 96 71-20, E-Mail: datenschutz@zav-online.de).

- Entsorgungszentrum Vogelsberg – EZV – (Alte Frankfurter Straße, 36318 Schwalmtal Brauerschwend, vertreten durch die Geschäftsführung, Telefon: 06638 - 12 49, E-Mail: datenschutz@zav-online.de).

Datenschutzbeauftragter ist Christian Rönicke (TOSIT GmbH, Ludwig-Erhard-Straße 2, 36088 Hünfeld, E-Mail: dsb@tosit.eu, www.tosit.eu).

1. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

a) Kundenverhältnis allgemein

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Anbahnung, Durchführung und Abwicklung unserer Geschäftsbeziehung sowie zur ordnungsgemäßen Annahme, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Dies umfasst insbesondere:

- die Registrierung und Verwaltung von Kunden, Anlieferern und Aufträgen,
- die Anbahnung, den Abschluss und die Durchführung von Entsorgungsverträgen,
- die Erfassung und Zuordnung von Anlieferern, Fahrzeugen, Fahrzeugkennzeichen, Abfallarten und Abfallmengen,
- die Steuerung und Dokumentation von Einfahrts-, Anlieferungs-, Verwiegungs-, Ablade- und Ausfahrtsvorgängen,
- die Erstellung und Verwaltung von Wiegescheinen, Lieferscheinen, Gebührenbescheiden, Rechnungen und sonstigen Entsorgungs- und Verwertungsnachweisen,
- die Abrechnung und buchhalterische Verarbeitung der erbrachten Leistungen sowie die Durchführung von SEPA-Lastschriften, sofern ein entsprechendes SEPA-Lastschriftmandat erteilt wurde,
- die Bearbeitung von Anfragen, Reklamationen, Beschwerden und nachträglichen Beanstandungen,
- das Forderungsmanagement,

- die Erfüllung gesetzlicher und behördlich angeordneter Dokumentations-, Register-, Aufbewahrungs- und Nachweispflichten,
- die Gewährleistung der Betriebs- und IT-Sicherheit,
- die Vermeidung und Aufklärung von Fehlzuordnungen, unberechtigten Anlieferungen und sonstigem Missbrauch.

Soweit die Verarbeitung für die Anbahnung, den Abschluss oder die Durchführung eines Vertrags erforderlich ist, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Dies betrifft insbesondere die Kunden- und Auftragsverwaltung, die Terminplanung und Durchführung von Abfallabholungen (z. B. Sperrmüll-, Grünschnitt- oder Elektroaltgeräteabholungen), die Erfassung der angelieferten oder abgeholten Abfälle und Abfallmengen, die Durchführung von Wiegevorgängen, die Erstellung von Wiegescheinen, Leistungsnachweisen und Entsorgungsdokumentationen sowie die Abrechnung der erbrachten Leistungen. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO setzt voraus, dass die betroffene Person selbst Vertragspartei ist oder vorvertragliche Maßnahmen auf ihre Anfrage erfolgen. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Anbahnung, den Abschluss und die Durchführung des Vertrags erforderlich. Ohne diese Daten ist eine Vertragsdurchführung ganz oder teilweise nicht möglich.

Soweit wir personenbezogene Daten zur Erfüllung gesetzlicher Dokumentations-, Register-, Nachweis-, Steuer- oder Aufbewahrungspflichten verarbeiten, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften. Hierzu gehören insbesondere die Auskunfts-, Register- und Nachweispflichten nach §§ 47 Abs. 3, 49 und 50 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sowie, sofern eine entsprechende behördliche Anordnung besteht, nach § 51 KrWG. Für nachweis- oder registerpflichtige Entsorgungsvorgänge gelten ergänzend die Vorschriften der Nachweisverordnung, insbesondere §§ 10, 11, 17 bis 19 sowie 23 bis 25 NachwV. Dies umfasst insbesondere die Erstellung, Bearbeitung, Übermittlung und Aufbewahrung von Begleit- und Übernahmescheinen, elektronischen Entsorgungsnachweisen und Registereinträgen. Zudem verarbeiten wir die erforderlichen Angaben außerdem nach Maßgabe der §§ 8, 13 und 17 DepV in Verbindung mit Anhang 5 DepV. Hierzu können insbesondere Angaben zur Herkunft, Art, Menge und Beschaffenheit der Abfälle, zu den beteiligten Personen und Unternehmen sowie gesetzlich vorgeschriebene Erklärungen, Kontrollergebnisse und Dokumentationen gehören.
Die genannten Vorschriften werden nur angewendet, soweit sie für den konkreten Entsorgungsvorgang und unseren Betrieb einschlägig sind. Personenbezogene Daten werden dabei nur in dem Umfang verarbeitet, der zur Erfüllung der jeweiligen gesetzlichen Verpflichtung erforderlich ist.

Soweit die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, beruht sie auf Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit der jeweils einschlägigen gesetzlichen oder satzungsrechtlichen Grundlage.

Im Einzelfall können wir Ihre Einwilligung in die Verarbeitung, die Verarbeitung zu anderen Zwecken oder die Übermittlung Ihrer Daten an Dritte einholen. Ihre Einwilligung ist gemäß Art 6 lit. a) freiwillig. Sie haben das Recht Ihre Einwilligung für die Zukunft jederzeit zu widerrufen (Art. 7 DSGVO). Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt hiervon unberührt. Aus einer Nichteinwilligung oder einem eventuellen späteren Widerruf einer Einwilligung entstehen Ihnen keinerlei Nachteile. Ihren Widerruf können Sie formlos per Mail an datenschutz@zav-online.de richten.

b) Einsatz von Kameras auf dem Betriebsgelände

Zur Durchführung und ordnungsgemäßen Abwicklung des Entsorgungsvertrags sowie zur Unterstützung bei der Einhaltung der für die Abfallannahme und Abfallbewirtschaftung einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorgaben setzen wir im Einfahrts-, Waagen- und Abladebereich Kameras ein.

Kennzeichenerfassung bei der Einfahrt
Bei der Einfahrt wird das Fahrzeugkennzeichen kameragestützt erfasst, um das anliefernde Fahrzeug zu identifizieren, den vorhandenen Kunden- und Anlieferungsdaten zuzuordnen und den nachfolgenden Anlieferungs- und Wiegevorgang ordnungsgemäß abzuwickeln. Die Kennzeichenerfassung unterstützt außerdem die eindeutige Zuordnung der Abfallanlieferung und die Erfüllung einschlägiger abfallrechtlicher Dokumentations- und Nachweisanforderungen. Eine Speicherung des bei der Einfahrt erfassten Kennzeichenbildes erfolgt nicht.

Bildaufnahmen im Bereich der Waage
Während des Wiegevorgangs werden von oben Bilder des Fahrzeugs beziehungsweise der Ladefläche erstellt und dem jeweiligen Wiegeschein zugeordnet. Die Aufnahmen dienen der Dokumentation der angelieferten Abfälle, der Zuordnung der Ladung zum jeweiligen Fahrzeug und Wiegeschein, der Plausibilisierung des Wiegevorgangs sowie der ordnungsgemäßen Abwicklung und Abrechnung der Entsorgungsleistung. Sie unterstützen zudem die Kontrolle, ob die angelieferten Abfälle hinsichtlich Art, Zusammensetzung und Deklaration den vertraglichen, gesetzlichen und behördlichen Annahmevorgaben entsprechen. Die Aufnahmen können ferner zur Klärung von Abweichungen hinsichtlich der Abfallart, der Abfallmenge, der Fahrzeugzuordnung oder des dokumentierten Wiegevorgangs sowie zur Bearbeitung von Reklamationen verwendet werden.

Liveübertragung im Bereich der Abladeplätze Kleinanlieferplatz
Im Bereich des Kleinanliefererplatzes erfolgen kameragestützte Liveübertragungen zur Kontrolle und Koordination des konkreten Abladevorgangs. Sie dienen insbesondere der Zuordnung der angelieferten Abfälle zur vorgesehenen Abladestelle, der Unterstützung einer ordnungsgemäßen Abfalltrennung sowie der Vermeidung von Fehlablagerungen, Vermischungen und Ablagerungen nicht zugelassener Abfälle. Auf diese Weise unterstützt die Liveübertragung die Einhaltung der für den jeweiligen Abladebereich geltenden vertraglichen, abfallrechtlichen, genehmigungsrechtlichen und betrieblichen Vorgaben. Eine Aufzeichnung oder Speicherung der Bilddaten findet nicht statt.

Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO, soweit sie zur Durchführung und Abwicklung des mit der betroffenen Person bestehenden Entsorgungsvertrags erforderlich ist. Dies betrifft insbesondere die Identifizierung und Zuordnung des anliefernden Fahrzeugs, die Durchführung und Dokumentation des Anlieferungs-, Wiege- und Abladevorgangs sowie die ordnungsgemäße Abrechnung der Entsorgungsleistung. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Anbahnung, den Abschluss und die Durchführung des Vertrags erforderlich. Ohne diese Daten ist eine Vertragsdurchführung ganz oder teilweise nicht möglich. Soweit die Verarbeitung zur Erfüllung gesetzlicher oder behördlich angeordneter Pflichten erforderlich ist, insbesondere zur Annahmekontrolle, Dokumentation, Nachweisführung oder ordnungsgemäßen Zuordnung und Bewirtschaftung der angelieferten Abfälle, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit den jeweils einschlägigen abfall-, steuer-, genehmigungs- und nachweisrechtlichen Bestimmungen (vgl. Abschnitt „a) Kundenverhältnis allgemein“). Soweit wir im Rahmen der Abfallentsorgung eine uns übertragene öffentliche Aufgabe wahrnehmen, erfolgt die Verarbeitung

auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 Abs. 1 HDSIG i. V. m. §§ 1, 4, 20 HAKrWG sowie der satzungsrechtlichen Grundlage.

c) Bonitätsprüfung

Soweit im Einzelfall erforderlich (Gewerbekunden), können wir vor Vertragsabschluss oder während eines bestehenden Vertragsverhältnisses Bonitätsinformationen unter Berücksichtigung des § 31 BDSG einholen. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Unser berechtigtes Interesse besteht darin, Zahlungsausfallrisiken zu minimieren und wirtschaftliche Schäden zu vermeiden.

Zur Prüfung der Bonität von Gewerbekunden beziehen wir Bonitätsinformationen von Wirtschaftsauskunfteien, insbesondere von der Plattform creditreform.de (Verband der Vereine Creditreform e. V., Hammfelddamm 13, 41460 Neuss). Hierzu werden die zur Identifizierung des Unternehmens erforderlichen Stammdaten an die Auskunftei übermittelt. Im Rahmen der Bonitätsprüfung verarbeiten wir insbesondere Stammdaten des Unternehmens, Angaben zu Inhabern oder vertretungsberechtigten Personen, Informationen zur Unternehmenshistorie, Bonitäts- und Risikobewertungen, Ausfallwahrscheinlichkeiten, Zahlungserfahrungen sowie weitere für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Zahlungsfähigkeit relevante Informationen.

2. Datenübermittlung und Datenempfänger

Ihre pbD übermitteln wir nur an Dritte, soweit dies jeweils gesetzlich vorgesehen, zur Erfüllung vertraglicher Pflichten erforderlich oder durch Ihre Einwilligung gedeckt ist. Darüber hinaus können wir Dienstleister mit der Verarbeitung Ihrer pbD zu o. g. Zwecken beauftragen. In diesen Fällen wird ein Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen.

a) *Datenempfänger innerhalb des Verbundes*
Die Gesellschaften unserer Unternehmensgruppe unterstützen sich gegenseitig bei der Erbringung ihrer Leistungen. Daher können personenbezogene Daten im Auftrag für eine Verbundgesellschaft erhoben bzw. zwischen den Gesellschaften ausgetauscht werden, soweit dies insbesondere für die Bearbeitung Ihrer Anfragen, die Durchführung von Entsorgungsaufträgen, die Disposition, die Fakturierung, das Forderungsmanagement, die Kundenbetreuung oder für sonstige Verwaltungszwecke erforderlich ist. Erfolgt die Verarbeitung durch eine andere Gesellschaft des Verbundes, geschieht dies auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrags gemäß Art. 28 DSGVO. Die andere Verbundgesellschaft ist vertraglich verpflichtet, die personenbezogenen Daten ausschließlich nach Weisung des jeweiligen Verantwortlichen und unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben zu verarbeiten.

b) *Weitere Empfänger Ihrer pbD können insb. folgende sein:*
- Finanzbehörden sowie sonstige öffentliche Stellen, soweit eine gesetzliche Verpflichtung zur Datenübermittlung besteht,
- Banken und Kreditinstitute zur Abwicklung von Zahlungsprozessen,
- Auskunfteien zur Bonitätsprüfung und zum Forderungsmanagement, soweit dies gesetzlich zulässig ist,
- Inkassodienstleister und Rechtsberater zur Durchsetzung oder Abwehr von Forderungen und sonstigen Rechtsansprüchen,
- IT- und Hosting-Dienstleister sowie Software-/Cloudanbieter, die z. B. für den Betrieb, die Wartung, die Sicherheit und den Support der eingesetzten Fachverfahren, Anwendungen und IT-Systeme erforderlich sind,
- Druck- und Versanddienstleister für den Versand von Vertragsunterlagen, Rechnungen, Direktwerbung und sonstiger Kundenkommunikation,

- Callcenter und Kundendienstleister zur Bearbeitung von Kundenanfragen,
- Handwerks- und Fachbetriebe, soweit dies zur Erbringung beauftragter Leistungen erforderlich ist,
- Marktforschungs- und Analysedienstleister,
- Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Datenschutzberater sowie sonstige beruflich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater.

Soweit eine Datenübermittlung/Offenlegung an Stellen in Drittstaaten erfolgt, wurde zwischen uns und der verarbeitenden Stelle ein nach der DSGVO vorgeschriebener Vertrag nach den EU-Standardvertragsklauseln abgeschlossen. Dieser Vertrag gewährleistet auch bei der Verarbeitung von pbD in Drittstaaten Ihnen die vorgeschriebenen Schutzrechte.

3. Speicherdauer personenbezogener Daten

Ihre pbD werden grundsätzlich für die Dauer des Vertragsverhältnisses mit Ihnen sowie darüber hinaus nur so lange gespeichert, wie dies für die Erfüllung der Verarbeitungszwecke, aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungspflichten sind wir insbesondere verpflichtet, steuerlich und handelsrechtlich relevante Unterlagen für einen Zeitraum von sechs bzw. zehn Jahren aufzubewahren (§ 147 AO). Hierzu können insbesondere Vertrags-, Rechnungs-, Abrechnungs- und Buchungsunterlagen gehören.

Die im Rahmen des Wiegevorgangs erstellten Kamerabilder des Fahrzeugs bzw. der Ladefläche werden dem jeweiligen Wiegeschein zugeordnet und für drei Jahre (Verjährung BGB) aufbewahrt. Wiegescheine, aus denen Gebührenbescheide erstellt werden, werden 10 Jahre gemäß § 147 AO aufbewahrt.

Alle Wiegescheine zu Abfällen, die auf der Deponie angenommen oder abgelagert werden, einschließlich der Wiegescheine zu Ersatzbaustoffen, sind in das Betriebstagebuch der Deponie aufzunehmen. Das Betriebstagebuch ist bis zum Ende der Nachsorgephase der Deponie aufbewahrt. Darüber hinaus ist nach dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid vom August 2005 für die AEGV zur zeitweiligen Lagerung, Zerkleinerung und Sortierung von Abfällen auf dem Gelände der Deponie Bastwald ein Betriebstagebuch zu führen. Darin sind insbesondere die betrieblichen Vorgänge sowie die Herkunft der Abfälle und die jeweiligen Abfallerzeuger zu dokumentieren. Für dieses Betriebstagebuch gilt gemäß dem Genehmigungsbescheid eine Aufbewahrungsfrist von fünf Jahren.

Soweit pbD zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich sind, erfolgt die Speicherung grundsätzlich bis zum Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfristen. Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre (§§ 195, 199 BGB). In Einzelfällen können längere gesetzliche Verjährungsfristen gelten.

Nach Wegfall des Verarbeitungszwecks und Ablauf der einschlägigen Aufbewahrungsfristen werden Ihre personenbezogenen Daten datenschutzgerecht gelöscht oder anonymisiert.

4. Ihre Rechte

a) „Recht auf Widerruf“ (Art. 7 DSGVO)
Sofern eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO beruht, können Sie diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die

jeweilige Rechtsgrundlage, auf der eine Verarbeitung beruht, können Sie dieser Datenschutzerklärung entnehmen. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Zeitpunkt des Widerrufs erfolgten Verarbeitung. Den Widerruf können Sie schriftlich gegenüber dem Verantwortlichen erklären.

b) „Recht auf Auskunft“ (Art. 15 DSGVO)
Als betroffene Person haben Sie das Recht, vom Verantwortlichen Auskunft darüber zu verlangen, ob und in welchem Umfang personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet werden. Sofern eine Verarbeitung stattfindet, steht Ihnen ein Anspruch auf Informationen über diese Daten zu.

c) „Recht auf Berichtigung“ (Art. 16 DSGVO)
Als betroffene Person haben Sie das Recht, vom Verantwortlichen unverzüglich die *Berichtigung* unrichtiger personenbezogener Daten, die Sie betreffen, zu verlangen. Darüber hinaus können Sie – soweit erforderlich – die *Vervollständigung* unvollständiger personenbezogener Daten verlangen.

d) „Recht auf Löschung (Vergessen werden)“ (Art. 17 DSGVO)
Als betroffene Person haben Sie das Recht, vom Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.

e) „Recht auf Einschränkung einer Verarbeitung“ (Art. 18 DSGVO)
Als betroffene Person haben Sie das Recht, vom Verantwortlichen die Einschränkung einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Das Recht auf Einschränkung einer Verarbeitung besteht in folgenden Fällen:

- Wenn Sie die Richtigkeit Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten bestreiten, benötigen wir in der Regel Zeit, um dies zu überprüfen. Für die Dauer der Prüfung haben Sie das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig geschah/geschieht, können Sie statt der Löschung die Einschränkung der Datenverarbeitung verlangen.
- Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr benötigen, Sie diese jedoch zur Ausübung, Verteidigung oder Geltendmachung von Rechtsansprüchen benötigen, haben Sie das Recht, statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Wenn Sie einen Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben, muss eine Abwägung zwischen Ihren und unseren Interessen vorgenommen werden. Solange noch nicht feststeht, wessen Interessen überwiegen, haben Sie das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

Wenn Sie die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten eingeschränkt haben, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

f) „Recht auf Datenübertragbarkeit“ (Art. 20 DSGVO)
Als betroffene Person haben Sie das Recht, personenbezogene Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem können Sie verlangen, dass wir diese Daten – sofern technisch möglich – direkt an eine andere Stelle übermitteln. Beachten Sie:

- Dieses Recht gilt, wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf Ihrer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und automatisiert erfolgt. Die jeweilige Rechtsgrundlage, auf der eine Verarbeitung beruht, können Sie dieser Datenschutzerklärung entnehmen.
- Dieses Recht gilt nicht, wenn die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt. Zudem darf die Ausübung dieses Rechts nicht die Rechte und Freiheiten anderer Personen beeinträchtigen.

g) Recht auf Widerspruch“ (Art. 21 DSGVO)
Je nach Rechtsgrundlage können sich Unterschiede im Widerspruchsrecht ergeben. Die jeweilige Rechtsgrundlage, auf der eine Verarbeitung beruht, können Sie dieser Datenschutzerklärung entnehmen.

- Wenn eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt, haben Sie jederzeit das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Wenn Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre betroffenen personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO).
- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Wenn Sie widersprechen, werden Ihre personenbezogenen Daten anschließend nicht mehr zum Zwecke der Direktwerbung verwendet (Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO).
- Wenn eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 89 Abs. 1 erfolgt, haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch einzulegen. Wenn Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre betroffenen personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich (Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 6 DSGVO).

h) „Recht auf Beschwerde“ (Art. 77 DSGVO)
Als betroffene Person haben Sie unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das *Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde*, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Sie können Ihr Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des

mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. Die zuständige Aufsichtsbehörde finden Sie im folgenden Absatz.

Für die Verantwortliche Stelle zuständige Aufsichtsbehörde
Der Hessische Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (HBDI) (Postfach 3163, 65021 Wiesbaden, Tel: +49 611 1408 – 0, Fax: +49 611 1408 – 611, Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de)